

„Jude zu sein, kann heute ein Todesurteil bedeuten.“

Ein Konferenzbericht aus Bloomington (USA)

von Matthias Küntzel

„Mein Vater ist jüdisch. Meine Mutter ist jüdisch. Ich bin jüdisch“ – dies musste der Journalist Daniel Pearl am 21. Februar 2002 vor laufender Kamera auf sagen, bevor ihn Islamisten enthaupteten. Professor Alvin Rosenfeld, der Gründungsdirektor des *Institute for the Study of Contemporary Antisemitism* (ISCA) an der US-amerikanischen Indiana University in Bloomington, erinnerte an diese Worte, als er am 3. April 2016 die bis dato größte wissenschaftliche Konferenz über den Antisemitismus in seiner Universität eröffnete: „Jude zu sein“, fuhr er fort, „kann heute ein Todesurteil bedeuten.“

Rosenfeld widmete diese Konferenz, bei der 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 16 Ländern zusammenkamen, Daniel Pearl sowie dem Doyen der Antisemitismusforschung, Professor Robert Wistrich, der im Mai 2015 überraschend starb.

Wistrich hatte unermüdlich vor dem Anti-Zionismus, „der heute gefährlichsten und wirksamsten Form des Antisemitismus“ gewarnt. Dieses Thema stand auch im Zentrum dieser Konferenz über *Anti-Zionism, Antisemitism, and the Dynamics of Delegitimization*, so ihr Titel. Ihr gingen 2011 und 2014 zwei ähnlich angelegte Konferenzen zu den Themen *Resurgent Antisemitism: Global Perspectives* (2011) und *Deciphering the New Antisemitism* (2014) voraus.

Die wichtigsten Beiträge dieser Konferenzen gab Rosenfeld unter gleichnamigen Titeln 2013 und 2015 bei *Indiana University Press* heraus. Ein dritter Band wird die Erträge der diesjährigen Konferenz veröffentlichen. Aus Österreich nahmen an ihr Alexandra Preitschopf, Helga Embacher, Simon Gansinger und Karin Stögner sowie aus Deutschland Matthias J. Becker, Stephan Grigat, Marc Grimm, Bodo Kahmann, Julius Schoeps sowie der Berichterstatter teil. Günther Jikeli, ein Forscher aus Deutschland, derzeit Gastprofessor in Bloomington, trug zum Erfolg dieser Konferenz erheblich bei.

Im Folgenden reiße ich nur einen Bruchteil der in Bloomington präsentierten Inhalte an.

Antizionismus und BDS

Der Israelhass an den amerikanischen Universitäten, hierzulande wenig bekannt, war ein Schwerpunkt dieser Tagung.

In der Regel sind es die Hochschullehrerinnen und –lehrer, die die *Boycott, Divestment and Sanctions* – Kampagne gegen Israel tragen. So rufen Lehrkräfte in ihren Seminaren Studentinnen und Studenten dazu auf, die BDS-Aktionen zu unterstützen, berichtete Cary Nelson, der frühere Präsident der *American Association of University Professors*. Studenten erhielten Extra-Punkte, wenn sie sich anti-israelisch engagierten, Karrieren seien an entsprechende Aktivitäten gebunden, Kritik am BDS werde unterbunden. „Sie haben aus ihren Seminaren Propaganda-Maschinen gemacht“, so Nelson.

Diesen Befund untermauerte die in Santa Cruz lehrende Dozentin Tammi Rossman-Benjamin mit ihrer Untersuchung von 100 Hochschulen in den USA. Man habe in 65 dieser Hochschulen antisemitische Äußerungen, in 54 BDS-Aktivitäten und in 41 gezielte Belästigungen von jüdischen Studentinnen und Studenten festgestellt. Die Untersuchung habe klar erwiesen, dass da, wo BDS-Gruppen oder andere antizionistischen Gruppen aktiv seien, auch die Feindseligkeit gegenüber jüdischen Studentinnen und Studenten zugenommen habe. Man sieht also, dass die BDS-Kampagne nicht so sehr die Zionisten in Israel, sondern besonders die Juden in der Diaspora trifft.

Zwar würden BDS-Unterstützer den Vorwurf des Antisemitismus weit von sich weisen. Was aber zähle, so der kanadische Menschenrechtsanwalt David Matas, sei weniger das Konzept, als vielmehr die Konsequenz; weniger die Absicht, als vielmehr die Wirkung.

Das Problem beginne mit dem Übergang von legitimer Israelkritik zur antizionistischen Position, erklärte Matas. Denn eines wolle der Antizionist ganz und gar nicht: Einen besseren jüdischen Staat. Stattdessen wolle er Israel kriminalisieren, delegitimieren und schlussendlich zerstören. Antizionisten verweigerten dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung, so Matas. Wenn es aber ein Volk gebe, das aufgrund seiner geschichtlichen Erfahrungen das Recht auf Selbstbestimmung habe, dann das jüdische.

Der Antizionismus, betonte Thorsten Fuchshuber von der *Université libre de Bruxelles*, erlaube es auch den aufgeklärten Geistern, gegen Juden zu sein. Er verglich die Funktion des Begriffs „Antizionismus“ mit der Funktion des Begriffes „Antisemitismus“, den Wilhelm Marr 1879 geprägt hatte. In beiden Fällen sei es darum gegangen, Judenhass zeitgemäß zu rationalisieren. So wie der religiöse Judenhass 1879 für aufgeklärte Kreise nicht länger akzeptabel war, und durch den wissenschaftlich klingenden Begriff des Antisemitismus ersetzt wurde, so sei heute der durch die Nazis diskreditierte Begriff des Antisemitismus nicht länger akzeptabel und durch den unschuldig klingenden Begriff des Antizionismus ersetzt.

Der Judenhass, erklärte auch Gerald Steinberg von der Bar Ilan Universität in Israel, benötige stets eine Rechtfertigung. Er habe diese zunächst aus der Religion, dann aus der „Wissenschaft“ bezogen und beziehe sie heute aus einem Antizionismus, der mit dem Begriff der „Menschenrechte“ operiert.

Waren es vielleicht die israelischen „Neuen Historiker“, fragte Ilan Greilsammer von der Bar Ilan Universität, die die Pforten zum Antizionismus öffneten? Sie hatten den patriotischen Blick auf Israels Unabhängigkeitskrieg Ende der Achtzigerjahre durch einen kritischen ersetzt. Einen vergleichbaren Prozess hat es im Lager der Palästinenser bis heute nicht gegeben.

Die von den „Neuen Historikern“ provozierte Diskussion habe in ihrem Verlauf jedoch zu gravierenden semantischen Verschiebungen und schlussendlich zur Verfälschung von Tatsachen und ja: zu noch mehr Antizionismus geführt, so Greilshammer, der sich in Israel zur Gruppe der patriotischen zionistischen Linken zählt. Benny Morris habe diesen Zusammenhang verstanden.

Putinismus und Verschwörungstheorie

Zbynek Tarant, ein tschechischer Wissenschaftler der *University of West Bohemia* in Pilsen, hat sich einen Online-Überblick über die Ursprünge des Antisemitismus im tschechischen Sprachraum verschafft.

Während es in 2010 noch hauptsächlich Nazis gewesen seien, die den Antisemitismus verbreiteten, habe sich bis 2015 der Anteil der nicht an Nazis gebundenen Verschwörungstheoretiker stark erhöht. Tarant führte dies auf den russisch-ukrainischen Krieg und den damit verbundenen Bedarf zurück, „Strippenzieher“ dieser ungewohnten Konfrontation zu „entlarven“.

Ergreifen die tschechischen Antisemiten für die Ukraine oder für Russland Partei? Tarant weist nach, dass die überwiegende Mehrheit mit Putin paktiert und dafür den Ärger mit den ukrainischen Nationalisten in Kauf nimmt. Der Fall der nazistischen „Arbeiterpartei“ ist besonders besonderes instruktiv: Sie war ursprünglich Parteigängerin der ukrainischen Nazis, wechselten dann aber auf die stärkere, die russische Seite.

Auf eine andere interessante Einwicklung im Rechtsextremismus wies Bodo Kahmann von der Universität in Göttingen hin: Er zeigte am Beispiel der österreichischen FPÖ, der belgischen *Vlaams Belang* und der deutschen Splitterpartei „Die Freiheit“, wie sich rechtsradikales und rassistisches Gedankengut mit einer äußerlichen Verehrung für Israel (als Rammbock gegen den Islam) und einer vordergründigen Anbietungen bei Juden („Sie waren niemals unsere Feinde“) zu paaren vermag.

Daneben wurde in Bloomington aber auch Ermutigendes zur Sprache gebracht. Meron Medzini von der Hebrew-Universität in Jerusalem berichtete von der pro-israelischen Ausrichtung der Universitäten in der VR China und Japan. Dort habe es weder den religiösen Antisemitismus noch die historische Bürde des Holocaust geben. Die Anzahl der Juden in der VR China sei von 200 in 1945 auf gegenwärtig 25.000 gestiegen.

Dina Porat (Tel Aviv Universität) referierte die Entwicklung der katholischen Kirche seit dem Vatikanischen Konzil, die gegenwärtig den Papst dazu veranlasse, nicht nur die Angriffe auf Juden, sondern auch die Angriffe auf Israel als Antisemitismus an den Pranger zu stellen. Tammi Rossman-Benjamin stellte dar, dass die Leitung der *University of California* inzwischen die Existenz von „antisemitischen Formen von Antizionismus“ eingeräumt habe – ein Etappensieg, der sicher auch durch ihre eigene unermüdliche Arbeit bewirkt worden ist.

Zionismus – „eine Plage wie Masern“ ?

Eine Besonderheit dieser Tagung war die Integration von Themen, die sich mit den historischen Wurzeln des neuen Antisemitismus befassten. So riefen zwei Vorträge in Erinnerung, dass in den Jahren nach dem Holocaust gerade dieser kein Thema war.

Arieh Kochavi von der Haifa Universität machte klar, dass es nicht die Shoah, sondern das Machtinteresse der damals führenden Nationen war, das 1947 zum Teilungsplan der Vereinten Nationen und zur Etablierung Israels führte.

Norman Goda von der Universität in Florida zeigte am Beispiel der „Anglo-Amerikanischen Untersuchungskommission“ von 1946, die über „das Problem der europäischen Juden und Palästina“ berichtete, wie stark nicht nur die Araber, sondern auch die Briten daran glaubten, dass die Juden selbst für ihr Schicksal verantwortlich gewesen seien. Den Holocaust habe man auf das Problem jüdischer Flüchtlinge nach Kriegsende reduziert und den Zionismus als „Plage wie Masern oder eine andere Krankheit“, so 1946 der Direktor des *Institute for Arab American Affairs*, attackiert.

Simon Gansinger (Universität Wien) setzte die Serie historischer Analysen mit einem Bericht über die antisemitischen Ausschreitungen 1968 in Polen, die 20.000 Juden zur Auswanderung zwangen, fort.

Spaltung der Antisemitismusforschung

Das Abschlusspodium war mit den Leiterinnen und Leitern gegenwärtiger Forschungseinrichtungen besetzt: Alvin Rosenfeld (*Institute for the Study of Contemporary Antisemitism*), Catherine Chatterley (*Canadian Institute for the Study of Antisemitism*), Arieh Kochavi (*Center for the Study of Antisemitism and Racism*), Dina Porat (*Kantor Center for the Study of Contemporary European Jewry*) und Maurice Samuels (*Yale Program for the Study of Antisemitism*).

Das von Stefanie Schüler-Springorum geleitete „Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung“ war ebenso wie das von David Feldman geleitete Londoner „Pears Institute for the Study of Antisemitism“ bei dieser und den beiden vorangegangenen Konferenzen nicht dabei.

Ein Zufall war dies nicht. Zwar sei die Antisemitismusforschung als akademische Disziplin noch keineswegs etabliert, erklärte Alvin Rosenfeld. Und doch gäbe es „eine Spaltung im nicht existierenden Feld der Antisemitismusforschung.“

Rosenfeld machte sie an zwei Punkten fest: Erstens an der Frage, ob der Antisemitismus als „Ding an sich“ analysiert werden solle oder besser in Kombination mit dem Phänomen des Rassismus und anderen Erscheinungen, wozu die Institute in London und Berlin neigen.

Die zweite große Kontroverse betreffe die Frage, ob es einen „neuen Antisemitismus“ und den in Bloomington behaupteten Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Antizionismus tatsächlich gebe. Diese Spaltung habe zwar nicht den Charakter eines laufenden und erhitzten Streits, bemerkte Rosenfeld, doch sie sei zweifellos vorhanden. Wird diese Kluft durch die Etablierung einer wissenschaftlichen Zeitschrift zur Erforschung des Antisemitismus, für die sich Rosenfeld einsetzt, überbrückt werden können?

Fest steht, dass sich seit der Enthauptung Daniel Pearls die gezielte Ermordung von Juden, weil sie Juden sind, vervielfältigt hat – in Mumbai und Toulouse, in Paris, Brüssel, Jerusalem und Kopenhagen, um nur an die bekanntesten Stätten neuer Judenmorde zu nennen.

Mit einer Grußadresse hatten sich Professor Judea und Ruth Pearl, die Eltern von Daniel, an die Konferenzteilnehmer/innen gewandt. Darin berichten sie von ihren anfänglichen Skrupeln, die Ermordung ihres Sohnes als Ausdruck eines mörderischen Antisemitismus zu erklären. „Erst später erkannten wir“, heißt es in ihrem Schreiben, „dass wir den Kontext des Hasses, der Danny tötete, entschlüsseln, seine Anatomie analysieren und seine Verbreitungswege wissenschaftlich verstehen müssen, um ihn zurückzudrängen.“ Zu eben dieser Aufgabe trug die Konferenz in Bloomington erheblich bei.

Das Online-Portal MENA-watch veröffentlichte diesen Artikel am 12. April 2016.